

Pfannkuch & Co.
Für die Feiertage empfehlen wir:

Schweine-Schmalz
1 Pfund 11.50

Speise-Fett
1 Pfund 9.80

Pflanzen-Fett
1 Pfund 10.-

Süßrahm-Margarine
1 Pfundwürfel 9.-

Salat-Del
gute Qualität
Liter 16.- und 18.-

Breite und Suppen-Nudeln
1 Pfund 7.-

feinst. Hartgries

Maccaroni
dicke und dünne

Faden-Nudeln

Eiergraupe
1 Pfund 8.-

Weisser Gries
1 Pfund 2.80

Frische Landeier
speziell zum Einkalten
100 Stück 145.-

Tafelbutter
1 Pfund 22.50
verschiedene Sorten

Räse
sowie

ff. Würstwaren
im Aufschnitt

Cornedbeef
1 Pfunddose 6.-
2 Pfunddose 12.-
im Aufschn. 1/2 Pf. 2.-

Souren-Broviant
(Fleisch u. Gemüse)
in Dosen
zu sehr billigen Preisen.

Pfannkuch & Co.
Neuenbürg, Tel. 70.

Waggonpreise:
In Neu-
bürg, den 12. Mai. Durch die
im Orts- und Ober-
verkehrs- sowie im
inländ. Verkehr
118.80 m. Höhe. Vgl.
den von Herrn
in Neu-
bürg, den 12. Mai.
in Neu-
bürg, den 12. Mai.
in Neu-
bürg, den 12. Mai.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Verlag von E. Neumann, Neuenbürg, (Jahres D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Ne 107. Neuenbürg, Donnerstag den 12. Mai 1921. 79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Mai. Ueber die Einstufung der württembergischen Verkehrsbeamten haben im letzten Monat in Berlin Verhandlungen stattgefunden, bei denen es sich darum handelte, daß den württembergischen Verkehrsbeamten eine genügende Zahl von Stellen für die einzelnen Gruppen der Befolgsordnung im Reichsbahnhaushaltsplan geschaffen würden. Die von der Stuttgarter Oberpostdirektion sachlich begründete, von der württembergischen Regierung unterstützte Zahl von Stellen ist im Widerstand des Reichsfinanzministeriums sowie der Vertreter des Reichspost- und Reichsverkehrsministeriums geblieben. Bei der Post wurden statt der verlangten 200 gehobenen weiteren Stellen nur 30 bezw. 50 bewilligt. Bei der Bahn wurden sämtliche weiteren 16 Stellen für Beamtenstellen gelehrt. Von Beamtenseite wurde deshalb an den Landtag die Bitte gerichtet, daß der endgültige Uebergang der Verkehrsbeamten nicht ohne Zusatzprotokoll erfolgen möge, das für die noch unerfüllten Beamtenwünsche noch einen Weg offen läßt.

Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident Ebert hat an den überlebenden Reichslanzier Hehrenbach ein Dankschreiben gerichtet, in dem er die großen Verdienste desselben dankend anerkennt. — Aus Oberschlesien werden neue Angriffe der Polen gemeldet, die sich auch auf das westliche Oberufer ausdehnen zu sollen scheinen. — Bei den Kämpfen um den Besitz der Stadt Gosen in Oberschlesien sind Franzosen in voller Uniform auf polnischer Seite festgesetzt worden.

Eisenbahnwagen aus Baden für die französischen Ruhrtransporte.

In welcher unglaublicher Weise die Franzosen bei ihrer unabsichtlichen Aktion gegen das Ruhrgebiet vorgehen, haben wir bereits dieser Tage aus der Polz gemeldet, wo die gewalttätige Requirierung von deutschen Personen- und Kraftwagen, sowie von Pferden und die zwangsweise Einstellung von Chauffeurs deutscher Staatsangehörigkeit durch die Franzosen erfolgte. Ein neuer Fall von völkerrrechtswidrigem Verhalten der Franzosen wird nun heute aus Mannheim gemeldet:

Die französischen Behörden in Mainz haben von der dortigen Eisenbahndirektion verlangt, 150 Eisenbahnwagen in dem im unbesetzten Gebiet liegenden Walldorf zusammenzuschieben, und nach Mainz weiter zu leiten. Man fordert also von einer deutschen Behörde deutsche Eisenbahnwagen aus dem unbesetzten Gebiet zur Verwendung einer militärischen Operation gegen Deutschland. Die Befellung von 150 Eisenbahnwagen aus Baden ist schon deshalb nicht möglich, da die Verladung des Bahnhofs Walldorf die Zuteilung und Weiterleitung nicht ermöglicht. Andererseits weigert sich aber auch das Personal in Walldorf dem Ansinnen der Franzosen zu mißtrauen, zumal der Bahnhof im unbesetzten Gebiet liegt.

Es ist zu erwarten, daß das Reichsverkehrsministerium gegen diesen unerhörten Eingriff der Franzosen, und gegen diese neue Rechtsverletzung energischsten Protest einlegt, und die badische Generaldirektion unter keinen Umständen von badischen Stationen Wagen zu französischen Truppentransporten abgibt. Eine amtliche Klärung dieses Falles wäre wünschenswert.

Zu den Meldungen über die Sammlung von Eisenbahnwagen aus Baden für die französischen Ruhr-Truppentransporte teilt die Generaldirektion Karlsruhe mit, daß sie die Fälligkeit von Güterwagen zu Truppentransporten im besetzten Gebiet bis auf weiteres unterlagert hat. Wegen Abweisung der in Walldorf stehenden Wagen ist die Eisenbahndirektion Mainz zuständig, da die Station Walldorf in deren Bezirk gehört.

Die Neuregelung des Verkehrs mit Getreide.

Berlin, 8. Mai. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide zugegangen, der an die Stelle der bisherigen Zwangswirtschaft das Umlageverfahren setzen soll. § 1 bestimmt, daß für den Verkehr der versorgungsberechtigten Bevölkerung im Wirtschafts- wie 1921-22 aus dem Inland 3 Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage auszubringen sind. Die Umlage ist zu 1/2 bis zum 15. Oktober, zu einem weiteren Viertel bis zum 15. Dezember und mit dem Rest bis zum 28. Februar kommenden Jahres an die Reichsgetreidestelle zu liefern. Die Länder haben die Umlage nach dem Anteil auszubringen, mit dem sie am Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920 beteiligt sind. Bei Ländern mit viel Kleinbesitz wird der Anteil verringert. Die Reichsgetreidestelle verteilt die Umlage bis zum 15. Mai auf die Länder, diese bis zum 15. Juni auf die Kommunalverbände. Die Kommunalverbände haben den Erzeugern das Lieferloß bis zum 1. August bekannt zu geben. Die Reichsgetreidestelle besteht auch fernerhin aus einer Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung. Diese setzt sich aus einem Direktorium und einem Kuratorium zusammen. Im Kuratorium sind 14 Bevollmächtigte zum Reichstag, je ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, des Industrie- und Handelsministeriums, des Reichsbrotministeriums, des Reichsvereins der Getreidehändler, des Städtebrotministeriums, ferner vier Vertreter der Landwirtschaft, von Handel und Industrie und der Verbraucher vorgesehen. Das Direktorium bestimmt die Zustimmung des Kuratoriums, die täglich zu verhandelnde Reichsmenge, die auszuführende Rüstlage, die Ausschüttung und den Bedarfanteil der Kommunalverbände. Die Geschäftsabteilung ist eine G. m. b. H. Ihr obliegt der Verkauf, die rechtzeitige Abnahme, Bezahlung und Unter-

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai. In seiner gestrigen Reichstagsrede führte Reichslanzier Dr. Wirth weiter noch aus: Die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums liegt bei der Gegenseite. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen und dadurch die Atmosphäre schaffen, in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. Durch die Annahme des Ultimatums befechtigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebietes. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterliegen oder nicht, zum Einmarsch kommen werde, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Nach seinem Sinn und Wortlaut bildet die Abhandlung von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes die Grundlage der Annahme des Ultimatums. Daß wir bei dieser schicksalsschweren Entscheidung unsere Blide auch auf Ober-Schlesien richten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht Hohn sprechende vollendete Tatsache zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, durch den uns so gigantische Lasten auferlegt werden, begründet für die alliierten Regierungen heilige Pflichten. (Um die sie sich, wie die Tatsachen beweisen, nicht im geringsten kümmern. Schriftl.)

Die polnische Nationalisten hätten nur die durch den Unternehmerhormat hervorgerufene gereizte Stimmung für ihre Zwecke ausgenutzt.

Namens der Bayerischen Volkspartei erklärte Wg. Dr. Heim, daß seine Partei gegen das Ultimatum stimme, weil man dadurch zu keinem dauernden Frieden komme. Die Entwaffnung in Baden betreffe keine militärische Einrichtungen. Wenn die Entente der Aufstellung der erforderlichen Sicherheitspolizei keine Schwierigkeiten mache, könne an einen Abbau der Sicherheitswehr gedacht werden. Für Annahme des Ultimatums stimme das Zentrum, die Sozialdemokratie, die Unabhängigen, etwa die Hälfte der Demokraten, 3 Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Die Abstimmung wurde von rechts mit Beifall aufgenommen die heftigen Widerspruch in der Mehrheit hervorgerufen.

Die erste Arbeit des neuen Kabinetts.

Das neue Reichskabinetts führt sich auf Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten. Die Bayerische Volkspartei ist aus

der Koalition ausgeschieden.

Die Regierung ist auch jetzt noch eine Minderheitsregierung und bleibt auf die wohlwollende Neutralität der Bayerischen Volkspartei und der Unabhängigen, wenn nicht auch der Deutschen Volkspartei, angewiesen. Sofort nach Schluß der Reichstags-Sitzung ist das Reichskabinetts zusammengetreten, um den Wortlaut der Note an die Alliierten, in welcher die Annahme des Ultimatums ausgesprochen wird, zu beraten. Die Note sollte heute früh den Postkoffern in London, Paris und Rom zur Uebergabe an die Regierungen telegraphisch übermittelt werden. Im Laufe des heutigen Tages will man sie auch den übrigen Geschäftsträgern der Entente mitteilen.

Die Berliner Presse zur Annahme des Entente-Ultimatums.

Die „Germania“ rühmt das Opfer, das das Zentrum „entsprechend seinem Opfergeist in allen Lebensfragen dem Vaterland“ gebracht hätte. Auf das Zentrum könne Deutschland sich verlassen. Es habe in Dr. Wirth einen seiner besten und zielbewußtesten Köpfe an die Spitze der Reichsleitung gestellt. — Wesentlich läßler urteilt der „Vorwärts“, der in dem Kabinetts nur ein Kollkabinetts sehen zu können erklärt. — Die „Tägliche Rundschau“ berichtet nicht ohne ein gewisses Bedauern, daß die Deutsche Volkspartei, der ursprünglich die Führung des neuen Kabinetts zugebach war, von Anfang an bei der englischen Regierung festhalten verfußt hätte, ob eine Sicherung für Schlesien zu erreichen sei, oder nicht. Ihr sei von maßgebender englischer Seite die Zusage gegeben worden, daß nach Annahme des Ultimatums England, Italien und Japan sich einer Freigabe Schlesiens an Polen widersetzen werden. Eine amtliche Zusage liege allerdings bis zur Stunde nicht vor. — Sehr beachtlich ist, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Wir sind, wie die Dinge einmal liegen, ohne Hoffnung. Aber weit entfernt, der neuen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, treten wir dafür ein, daß sich alle aufbauenden Kräfte der Nation bereinen, um ihr die ungedeuteten Lasten tragen zu helfen. Die Parteien der Rechten werden jedenfalls nicht in Opposition treten, sondern werden die Regierung gewähren lassen, soweit ihre Politik darauf gerichtet ist, das Vaterland vor schweren Schlägen zu bewahren.“ — Die gesamte rechtsstehende Berliner Morgenpresse urteilt in abfälliger Weise über das neue Kabinetts. Unter anderem schreibt die „Post“: „Besteht! Dießelben Minister, die vor 30 Monaten alles auf die 14 Punkte Wilson setzten und verloren haben, haben sich zum letzten Spiel zusammengelassen. Zum allerletzten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt ihren Artikel: Ein Kabinetts im Dienst Frankreichs.“

Ausland.

Sibirien, 10. Mai. Der „Tempo“ meldet, Graf Stojko erklärte, daß Ende Mai eine neue alliierte Konferenz in Omsk unter Teilnahme Amerikas stattfinden werde.

Paris, 10. Mai. Der belgische Vertreter in der Reparationskommission und der Direktor Dolbaux wurden von der Reparationskommission aufgefordert, nach Paris zu kommen. Heute sollen sehr wichtige Fragen zur Entscheidung gelangen. Der gestrigen Sitzung der Reparationskommission wohnte auch der amerikanische Vertreter Boyden zum erstenmale wieder bei. Der deutsche Vertreter in der Kriegslastenkommission Herr von Derssen, forderte zur Bezahlung der 600 000 Tonnen deutschen Schiffraum auf, die von Amerika im Laufe des Krieges in Beschlag belegt wurden. Der deutsche Vertreter erklärte, daß die Summe dem Reparationskonto zugunsten werden solle. Die Reparationskommission frist aber auf dem Standpunkt, daß, da die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag nicht ratifiziert hätten, der Wert dieser Tonnage nicht festgesetzt werden könne. Es wurde dem deutschen Vertreter die Anregung gegeben, auf direktem Wege mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln.

Das Antidumpinggesetz, das die Einfuhr nach England aus valutaschwachen Ländern abdrohen soll, ist mit harter Mehrheit vom englischen Unterhause abgelehnt worden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 11. Mai. (Gemeinderatssitzung am 10. Mai.) Stadtbaumeister Stribel legt Plan und Kostenveranschlagung für die auf dem Mainenplatz von der Stadt zu erstellenden 2 Wohn- und 10 Einheiten vor. Der Gemeinderat beschließt, die Bauten hiernach auszuführen und die Arbeiten öffentlich zu vergeben.

Für die mit Beihilfen von Staat und Stadt hier erstellten Wohnungsbanken wird auf Ansuchen Sand von der großen Wiese nach Anweisung des Stadtbaumeisters und unter dessen Kontrolle abgegeben, 1 ehm. für 15 Mk. als Entschädigung, zugleich für die Wiederauffüllung. Die Wasserleitung und Kanalisation an den Bauanliegern Gummelacker und Mainenplatz sollen, soweit die Strecken gemeinschaftlich gefaßt werden können, von der Stadt hergestellt und die Kosten den Bauanliegern gleichmäßig aufgerechnet werden.

Besaglich der bereits genehmigten Anschaffung einer weiteren Dynamomaschine für die städt. Elektrizitätswerke wird beschlossen, noch ein sachverständiges Gutachten vor der Vergabung einzuholen.

Der Krankenpflegeverein hat am Eröffnung des seitherigen Jahresbeitrags von 300 Mark aus der Stadtkasse nach wegen Unzulänglichkeit seiner eigenen Einnahmen. In Anbetracht, daß die gemeinnützige Einrichtung der Krankenpflege-Station allen Kreisen der Einwohnerschaft zu gut kommt, wird beschlossen, den Jahresbeitrag der Stadtkasse ab

Anzeigerpreis:
Die einpolige Zeile oder deren Raum 60 f bei Kundendruck und 45 f beim
Wochen-Preis 1.26 bei größeren Aufträgen entprech. Rabatt, der Maße des Anzeiger-Preises hinfortlich wird.
Schluß der Anzeigerannahme 10 Uhr.
Preisprospekt Nr. 4. Die telef. Anzeiger sind direkt bei dem Anzeiger-Preisen.

1. April 1921 bis auf Weiteres auf 1000 Mark zu erhöhen (unter Befreiung des Beitrags von jährlich 300 Mark aus der Höhe-Stiftung).

Seit Beginn des Schuljahres ist die Gewerbeschule... (weiterer Text über die Schule)

Infolge der Einrichtung einer weiteren Lehrstelle an der... (weiterer Text über die Lehrstelle)

Der Gemeinderat nimmt ohne Erinnerung von dem Inhalt... (weiterer Text über den Gemeinderat)

Ein Gesuch des Adolf Lehner, Wegweiser von Langenbrand... (weiterer Text über das Gesuch)

Wegen der Badegeldbefreiung von Wildbad für die... (weiterer Text über die Befreiung)

Auf ein Gesuch der Rüstlerbewohner wegen der Bekanntmachung... (weiterer Text über die Bekanntmachung)

Rechnungssachen bildeten den Schluß der Sitzung. R. Reutenburg, 12. Mai. Am Samstag verkehrt ein... (weiterer Text über die Rechnungssachen)

Reutenburg, 12. Mai. Wir befinden uns augenblicklich in... (weiterer Text über die Wetterlage)

Es dann in weiteren Nächten bei nordwestlichen oder nördlicher... (weiterer Text über die Wetterlage)

M. Schönbach, 9. Mai. Bei prächtigem Wetter fand... (weiterer Text über den Turnfest)

1. Preis 96 P. R. Rau, U. Döngel; 2. 97 P. W. Benz... (weiterer Text über die Preisverteilung)

21. 68 P. B. Wohlgenannt, Unterbach; 21. 68 P. Fritz... (weiterer Text über die Preisverteilung)

Würtemberg.

Stuttgart, 11. Mai. (Furchtbare) Hagelwetter. Gestern... (weiterer Text über das Wetter)

Freigabe der Torfhoftschiff. Durch eine Verfügung des... (weiterer Text über die Torfhoftschiff)

Ulm, 11. Mai. (Einrichtung.) Gestern früh 5 Uhr... (weiterer Text über die Einrichtung)

gerichtet. Nur eine beschränkte Zahl von Zuschauern... (weiterer Text über die Veranstaltung)

Leupheim, 11. Mai. (Teure Gänselein.) Beim Gänselein... (weiterer Text über die Veranstaltung)

Baden. Baden-Baden, 10. Mai. Die aus der Schweiz stammende... (weiterer Text über Baden-Baden)

Rehl, 10. Mai. Die Gemeinde Rehl muß wiederum... (weiterer Text über Rehl)

Kiehlingsbergen am Kaiserstuhl, 10. Mai. Unangenehmer... (weiterer Text über Kiehlingsbergen)

Vermischtes.

Die alten Titel und die Post. Die alten Ehrentitel dürfen... (weiterer Text über die Titel)

Die Verklungen des Ehepaars Franz. Die Voruntersuchung... (weiterer Text über die Verklungen)

Handel und Verkehr. Reutenburg, 12. Mai. Seit 21. April v. J. fand... (weiterer Text über Handel und Verkehr)

Neueste Nachrichten. Augsburg, 12. Mai. Der Raurermeister Blant, sein... (weiterer Text über die Nachrichten)

Mit dem Brandmal.

Roman von Gebhard Schöpler-Perasini.

Ich kenne ja den Grund, und begreife dich völlig, mein Sohn. Deine Leidenschaft für Renate... (weiterer Text des Romans)

Denk dir, Herr Rat, Sie wissen wohl, wie jedes Jahr... (weiterer Text des Romans)

Ich ja, Herr Rat, Sie wissen wohl, wie jedes Jahr... (weiterer Text des Romans)

Seine erwachsenen drei Kinder wurden in Folge... (weiterer Text des Romans)

Zahl von Aufsehern
waren in Munderlingen
am 12. September 1920
erleben ermordet. Der
Golowatschikow, der
wurde. Bei der Hinrichtung
Wänlein) Beim Wänlein
wie in die Höhe. Die
für das Stiel beschi
n.
aus der Schweiz kam
man, die hier zahlreich
auf in Konstanz sch
se zu Konstanz entlie
Recht muß wiederum
nischen Verhängnis
die die Arbeiten sofort
10. Mai. Unangenehm
Steuerbehörde erhielt
in einem Jüngling
waren. Dieser Land
Diebstahl anzugehen.
Steuerbehörde eine
angegeben hatte. Die
eige bei der Steuerbe
undurchsichtig. Man
die hübsche Summe
Woben der Aufsicht
Als Vater und Sohn
heimlichen Besuch erfa
ntes.
Die alten Erentiel dür
geföhrt werden. Die
vom Juli v. J. erklä
amten kein Rechtsan
Berkehr mit diesen
aber der Reichsbohm
in seinem Bereich e
Amtsverkehr den Beam
ntsberechtigungen von
aus gemacht wird.
at. Geheimen Rechnung
Beheimer Postrat, Geheim
in. Die Beamten werde
nität zu verfahren.
ers Franz. Die Vorant
das vor einiger Zeit
urfürstendamm unter
erfahrungen festz
Der Ehemann Franz
st, seine Frau jedoch
ist früher lange Jahre
in die letzte Zeit hin
Im Kriege hat er auf
davongetragen, der
von Verwandten war
durch der Sprache be
er, hat nun bei dem
Franz auf seine Hoff
zu lassen. Ueber die
entschieden werden.
Berkehr.
1. April v. J. fand
ein Schweinemarkt
werden zugeführt 56
2. Mai.
eulische Creditbank
b. mitatell.) Vorder
-1090, Paris 497-504, R
Brief, Ungarn 314. B
richtigen.
Maurermeister Mont,
en wohl, wie jedes Jahr
und erinnert sich so
n ja nichts Häßliches,
n am ornem Häuser
die beiden kleinen
trockene Brot. Und
haben, was alle andere
der meinen Raum und
meine eigenen Kinder.
rte. Polen Sie noch ein
alle vergnügt. Und da
Sie ein, auch für sich
alles heute vergessen.
glücklich. Sie sollten den
lassen, es ist der schön
was man gerne möchte,
aber doch noch die
Seite und Friede
rief.
mich?
nem feinen, anspre
nt an offen — die ganz
elnde. Sollte Ihnen
welchen ich erwarte,
orgen Sie sich um
stung gezeigt, gehen
Ich bedarf Sie diese
das ich Ihnen sagte, F
will die erstaunte
aterbricht er sie mit
deshalb jaft niemals
Fortsetzung folgt

seine erwachsenen drei Söhne und 2 Töchter sowie
andere Kinder wurden infolge spiritistischer Sitzungen wah
Sie vernichteten das ganze Mobiliar und wollten ein
monate alles Kind der Tochter dem „reinen Licht“ als
Opfer darbringen. Das Kind konnte noch recht
gerettet werden. Die gesamte Familie wurde in die
Kaufmannschaft in Kaufbeuren gebracht.
Berlin, 11. Mai. Die Kapitalverschiebungen, deren
Anzahl von Mitgliedern des Hohenzollernhauses be
tragt worden sind, werden demnächst die Berliner Ge
schäftsblätter beschreiben. Am 18. Mai wird sich Prinz Eitel
Friedrich vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu
antworten haben. Er wird beschuldigt, durch das Bank
Kaufmanns Hans Burgmann, der, wie gemeldet, von zwei
Marokkanern in Höchst ermordet wurde. Es gab kaum eine
Öffentlich-Korporation in Höchst und Umgebung, die nicht
durch Anwesenheit des Gefährlichen Trauer über das
tragische Schicksal des Ermordeten, zugleich aber auch ihren
Abscheu über das Verbrechen zum Ausdruck gebracht hätte.
Tausende folgten dem Sarge, Zehntausende standen auf dem
Wege zum Friedhof. Am Grabe sprach der Direktor der Höch
ster Fabrikwerke, ferner Vertreter der Stadtverwaltung und des
Magistrats und der großen Höchst Industriewerke. — Die
beiden Täter sind am Samstagabend zur Urteilsung nach
Mainz verbracht worden, wo bereits in den nächsten Tagen
das Kriegsgericht des französischen Armeeoberkommandos
Interessante Einzelheiten der Abstimmung über das
Ultimatum.
Berlin, 11. Mai. Ueber die gestrige nachmittägliche
Abstimmung im Reichstag werden heute noch einige interes
sante Einzelheiten bekannt. So hatte sich herausgestellt, daß
trotzdem die deutsche Volkspartei gegen die Annahme des
Ultimatums Stellung genommen hat, fünf führende Mitglie
der der Partei für die Annahme des Ultimatums gestimmt
haben und zwar Vizelandtag Dr. Schöner, Reichsfinanzminister
von Raumer, ferner die Abgeordneten Freier von Rhein
baben, Kardorf und Fran von Oheim. Es ist nicht weniger
interessant, daß die Mehrheit der Demokraten gegen die An
nahme des Ultimatums stimmte; 20 demokratische Abgeordnete
stimmten gegen, 17 für die Annahme des Ultimatums. Unter
den Gegnern des Ultimatums befanden sich die Abgeordneten
Kaufmann, Ludwig Haas, Wieland und sämtliche süddeutschen
demokratischen Abgeordneten. Unter den Zustimmungsbereit
befanden sich u. a. Graf Bernstorff, Dr. Gothein, Frau Dr.
Lieber, Dr. Bachmeier, Dr. Peterßen, Böhlmann, Schiffer, Dr.
Schäding.
Deutsche Unterwerfung unter das Entente-Ultimatum.
Berlin, 11. Mai. Amtlich wird gemeldet: Der deutschen
Botschaft in London ist in der vergangenen Nacht folgende
Note zur Übermittlung an Lloyd George telegraphisch über
sandt worden:
Auf Grund des Beschlusses des Reichstags bin ich beauf
tragt, mit Beziehung auf die Entschliessung der alliierten
Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regie
rung folgendes wie verlangt zu erklären:
Die deutsche Regierung ist entschlossen: 1. ohne Vorbehalt
oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Repara
tionskommission festgestellt sind, zu erfüllen; 2. ohne Vor
behalt oder Bedingung die von der Reparationskommission
hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantie
maßnahmen anzunehmen und zu befolgen; 3. ohne Vor
behalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Lande,
zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note
der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden
sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den
vorgeschriebenen Fristen auszuführen sind; 4. ohne Vorbehalt
oder Verzug die Aburteilung der Kriegsschuldigen durch
zuführen und die übrigen unerfüllten im ersten Teil der Note
der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertrags
bestimmungen auszuführen.
Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung un
verzüglich in Kenntnis zu setzen. (gez.) Dr. Wirth.
Die gleiche Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio
gesandt worden.
Die Raet steigt.
Die Annahme des Ultimatums hat auf dem internationalen
Devisenmarkt eine allgemeine Entspannung bewirkt, die darin
zum Ausdruck kam, daß seit gestern abend starke Markkäufe
im In- und Ausland einsetzten. Die Raet liegt infolgedessen
sprunghaft, während andererseits die Devisenkurse fast nach
unten neigten. Den Höhepunkt erreichte diese Bewegung heute
vormittag. An der Börse machte sich jedoch bereits ein leichter
Rückschlag geltend.
Kas Oberhiesien.
Berlin, 11. Mai. In einem von den polnischen Auf
führern veröffentlichten Deeresbericht wird behauptet, daß bei
den Kämpfen um Bogoshele und Orama Reichswehrsoldaten
festgehalten worden seien. Dadurch sei eine neue Lage
geschaffen, der die polnische Regierung sofort Rechnung tragen
werde. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt,
daß nicht ein einziger Reichswehrsoldat an den Kämpfen in
Oberhiesien teilgenommen hat. Die lägerische Darstellung der
polnischen Auführer hat nur den Zweck, die Teilnahme pol
nischer regulärer Truppen an den Kämpfen in Oberhiesien
zu rechtfertigen.
Opeln, 11. Mai. Die allgemeine Lage im oberhiesischen
Auführergebiet ist nach den Abendmeldungen des 11. Mai un
verändert. Aus dem Kreise Arensburg werden Schieferien

steht die vom Vorkosterrat an Polen gerichtete Note über
Oberhiesien fest, daß die polnische Regierung nicht vollkommen
der Verpflichtung genügt habe, die in ihrer Macht stehenden
Maßnahmen sofort zu ergreifen, um das Resultat der auf
ständischen Bewegung in Oberhiesien zu verhindern. Es sei
erwiesen, daß die Insurgenten eine große Anzahl Truppen
und Munition aus Polen erhalten haben, und daß sich unter
den kuffständischen Soldaten in polnischer Uniform befinden
haben. Die polnische Regierung wird aufgefordert, öffentlich
und kategorisch die kuffständigen zu desavouieren und die
Schuldigen auf ihre Verfehlungen hinzuweisen und die streng
sten Maßnahmen zu ergreifen, um jede Verbindung mit den
oberhiesischen Insurgenten rundweg abzuzeichnen, gleich
gültig welcher Art diese Verbindungen sein mögen. Die
alliierten Regierungen betonen ihre Verpflichtung, den Ver
faller Vertrag zu respektieren und würden sich gezwungen
sehen, Polen geldlich verantwortlich zu machen für jeden
Schaden, wenn tatsächlich polnische Elemente versuchen sol
ten, sich an dem Eigentum der Oberhiesier zu vergreifen. Die
alliierten Regierungen seien geneigt, die Aufgaben, die ihnen
der Vertrag von Versailles bezüglich Oberhiesien auferlegt
hat, voll zu erfüllen und sie würden sich in keiner Weise durch
einen Versuch beeinflussen lassen, der sie vor eine vollendete
Tatsache stellen müßte.
Der französische Aufmarsch eingestellt.
Nach einer Meldung der „Straßburger Neuen Zeitung“
sollen die Vorbereitungen der französischen Armee für den
Einmarsch ins Ruhrgebiet, darunter die Truppentransporte
durch das Elsas und Rheinland, heute nacht unmittelbar nach
Bekanntgabe der Annahme des Ultimatums durch Deutschland
auf Befehl der französischen Regierung eingestellt worden sein.
Nach der Annahme des Ultimatums.
Bern, 11. Mai. Nach dem Bekanntwerden der Annahme
des Londoner Ultimatums schreiben die „Baseler Nachrichten“:
Wir glauben, daß die, die die Unterzeichnung verweigern wol
len, die Abneigung der Engländer gegen den Einmarsch ins
Ruhrgebiet unterschätzen. Diese Abneigung ist ganz und gar
aufrichtig und wird zur Folge haben, daß die englische Zu
stimmung verweigert wird, solange die Deutschen ihre Ver
pflichtungen nicht gerade demonstriert haben. Wohl ist ja
wahr, daß der Einmarsch „automatisch“ fällig wird, wenn die
Versprechungen nicht gehalten werden. Aber daß sie nicht
gehalten werden, und zuvor konstatiert werden müssen, und
sogar nicht nur von einer Entente macht, sondern vom Obersten
Rat, dessen englische, italienische und japanische Mitglieder
einem bloßen Vorwand Frankreichs nicht nachgeben werden.
Frankreich wird mit einem solchen Vorwand auch nicht an
rücken, sobald es sieht, daß die Weltmächte die deutschen Bonds
tatsächlich aufnimmt und Deutschland für einige Zeit zahl
ungsfähig macht.
Bern, 11. März. Zur Annahme des Ultimatums schreibt
die „Neue Zürcher Zeitung“: Es läßt sich mit gutem Grunde
behaupten, daß die gewaltige Summe von 132 Milliarden
Goldmark die Zahlungsfähigkeit Deutschlands übersteigt. Aber
im Augenblick kommt es nicht darauf an, festzustellen, daß das
deutsche Reich in einigen Jahrzehnten zahlungsfähig sein
wird. Seit das deutsche Volk den loyalen Willen hat, seinen
schweren Verpflichtungen nachzukommen, hat es den besten
Grund in der Hand, um die öffentliche Meinung in den
übrigen Ländern zu beruhigen. Ist aber diese Verabingung
einmal eingetreten, so ist es nicht schwierig, eine Reduktion der
Zahlung zu verlangen. Das Blatt glaubt, daß mit der
Annahme des Ultimatums die Bahn zur Verständigung wieder
etwas freier geworden sei.
London, 11. Mai. Lloyd George verlas im Unterhaus
die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der
Alliierten, in der die Herbeiführung der Alliierten, bezüglich der
Reparationen, der Garantien, der Entwaffnung und des Ver
fahrens gegen die Kriegsschuldigen bedingungslos ange
nommen werden. Lloyd George sagte, er habe sofort allen
beteiligten Regierungen telegraphiert und sagte hinzu: Dies
ist die vollständige Annahme aller Forderungen. (Lauter,
anhaltender Beifall.) Auf die Anfrage Bottomleys, ob im
Sinne auf die Mitteilung Lloyd Georges von der Annahme
des Ultimatums durch Deutschland das deutsche Reparations
geschäft aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.
Ein Zusatz zum Londoner Protokoll.
Das „Echo de Paris“ behauptet, daß am 4. Mai nach der
Regierung des Ultimatums über den Wiederherstellungsplan
und der Garantieforderung Lloyd George in Verantwortung
einer Frage Briands erklärt habe: „Sollte künftig ein Ver
fahren Deutschlands auf Erfüllung des Programms der Wie
derherstellung und der übrigen, der Berliner Regierung
auferlegten Bestimmungen festgestellt werden, so wird die
Besetzung des Ruhrgebiets auf einen Bericht des Wiederher
stellungsausschusses oder der interalliierten militärischen Kon
trollkommission hin vorgenommen werden.“ Diese Erklärung
Lloyd Georges sei in das Sitzungsprotokoll aufgenommen
worden.
Die englische Presse zur Annahme.
London, 12. Mai. In der Annahme der Bedingungen der
Alliierten durch Deutschland schreibt „Westminster Gazette“, die
Lage sei jetzt sehr geklärt. Die Deutschen hätten das ver
nünftigste und sozusagen einzige getan, was sie tun durften.
Die Besetzung des Ruhrgebiets wäre für Deutschland eine
Katastrophe bedeutet haben. Die Bedingungen der Alliierten
hätten Deutschland eine Orientierungswelt auferlegt, die
sich weit in die Zukunft erstreckte und deren Höhe wahrscheinlich
weit außerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liege, wie
der Zeitraum, in dem die Zahlungen geleistet werden müßten,
außerhalb des Horizonts liege, bis zu dem die jetzigen Volkst
erben könnten. Ein großer Teil des Planes sei jedoch bedingt
durch die Entwicklung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands
und die sofortigen Zahlungen würden wohl für Deutschland
nicht unmöglich sein. — Der „Star“ schreibt, wenn die Absicht
auf Besetzung des Ruhrgebiets bestanden hätte, so müßte sie
jetzt, wo Deutschland die Bedingungen der Alliierten ange
nommen habe, aufgegeben werden. Der Friedensvertrag, der
Deutschland so richtige Lasten auferlege, schaffe, wie Reichs
kanzler Birt mit Recht gesagt habe, auch heilige Pflichten
für die alliierten Regierungen. Eine der ersten und dringend
sten dieser Pflichten sei, dafür zu sorgen, daß Deutschland in
der oberhiesischen Frage ehrliches Verfahren zuteil werde.
Die Verantwortlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung
Oberhiesiens und schließlich die Interessen der Alliierten for
derben, daß den Angriffen der Polen entgegengetreten werde.
Wenn Deutschland zahlen solle, so müßte es jetzt in Friede
n gelassen werden, um im Schicksal seines Angefährts seine nation
ale und wirtschaftliche Neugestaltung durchzuführen. — Selbst
das „Northcliffe-Blatt“ „Evening News“ nennt die Worte, mit
denen Dr. Wirth im Reichstag die Notwendigkeit der An
nahme des Ultimatums erklärte.

Landkreis Calw
Kreisarchiv Calw

